

PRAXIS DER ERWACHSENENBILDUNG

Sprecherziehung — Voraussetzung politischer Bildungsarbeit

Kürzlich wurden in einer Feierstunde die neuen Räume des Instituts für Sprechwirksamkeit und Versammlungswesen, das bisher im „Altbau“ der Hans-Böckler-Schule, Hattingen, und in der Unterrichts-„baracke“ untergebracht war, ihrer Bestimmung übergeben. Prof. Dr. *Deus*, der Leiter der Hans-Böckler-Schule, begrüßte die Gäste, unter ihnen auch Professoren und Dozenten von Universitäten und Hochschulen, zu denen von der Institutsarbeit her eine fachliche Beziehung besteht. Nach Worten des Dankes für alle am Bau Beteiligten übergab Architekt *Grygo*, Düsseldorf, den Schlüssel an *Bernhard Tacke*.

In seiner Ansprache würdigte Tacke die Arbeit des Instituts, die gerade in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen habe, im Rahmen *der* gesamten gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Heute, wo es mehr denn je darauf ankomme, die Arbeitnehmerschaft in weiterem Ausmaß an Bildung und Kultur heranzuführen und vor allem die Bildungswilligkeit jedes einzelnen zu aktivieren (der geforderte Bildungsurlaub ist in diesem Bezug zu verstehen), erhält die Arbeit des Instituts besonderen Wert. Denn wie manche Aktivität liegt brach, nur weil ein Mensch sich nicht auszudrücken und mitzuteilen versteht. Mit der Pflege des sprachlichen Ausdrucks in Gespräch und Rede soll bei allen Kollegen und Kolleginnen etwas gefördert und entwickelt werden, das früher zu wenig beachtet worden ist.

In seinem Grußwort legte der 1. Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Sprechkunde und Sprecherziehung e. V., Herr Dr. *Hellmut Geißner*, Universität Saarbrücken, die Bezugspunkte der Arbeit des Instituts zur gesamten Sprechkunde und Sprecherziehung dar. Der von Anfang an vorhandene Wechselbezug des „Anspruchs auf Wissenschaftlichkeit“ und der „Verbindung zur Wissenschaft hin“, wie er in der Person des Gründers und langjährigen Leiters des Instituts, *Fritz Schweinsberg*, gegeben war, ist keineswegs selbstverständlich, wenn auch sachlich notwendig. Denn gerade in einer Zeit des „Umpolens vom schriftlichen Informationsgut zum mündlichen“ ist es mit bloßer Anweisung und Lehre nicht getan.

Die Schwierigkeiten im mündlichen Kommunikationsprozeß, bei dem es nicht so sehr auf vordergründige, „einsträngige“ Information ankommt als vielmehr auf verstehendes Hören und daraus erwachsendes Handeln, bedingen Einsicht in eben diesen Prozeß, Einsicht in jene komplexen Vorgänge des Sich-ausdrückens, des Sich-mitteilens und des Aufnehmens, bei denen „das Was Wie und das Wie das Was prägt“, bei denen „Vorgedachtes mitgedacht, vorgegebene Wertungen mitvollzogen und dahinterstehende Absichten erkannt und verstanden werden müssen.“ Hierzu bedarf es genauester Analysen nach besonderem Ansatz und nach besonderen Methoden seitens der *Sprechwissenschaft*. Hierzu bedarf aber auch die Wissenschaft eines Bezugspunktes auf die Praxis, etwa der Arbeitsergebnisse des Instituts für Sprechwirksamkeit, um die Vorbedingungen nicht nur einer Wissensvermittlung, sondern eines „Einstellungswandels“ jedes einzelnen auf Grund sprachlicher Kommunikation erarbeiten zu können.

So kann es bei der sprechwissenschaftlich fundierten Sprecherziehung eben nicht nur um „schönes“ Sprechen gehen oder darum, beim Sprechen „nicht heiser zu werden“, sondern vielmehr „alle die Möglichkeiten im sprecherischen Ausdruck“ zur Verfügung zu haben im jeweiligen Handlungsfeld der sozialen Interaktionen: Gespräch und Rede. Wie sehr aber gerade dieser Bezug das Theoretische in den Dienst der praktischen Anwendung gestellt sieht, zeigte die Forderung Dr. Geißners, daß eine Arbeit wie die des Instituts für Sprechwirksamkeit keine von außen herangetragene Methode verträge, sondern ihre Methode — Methode als nichts inhaltsfrei Beliebiges — selbst entwickeln müsse, — wie das auch bisher geschehen ist. Das meint aber zugleich, daß die Aufgabe eines solchen Instituts nicht nur praktisches Lehren, sondern auch wissenschaftliches Sammeln und Auswerten sein muß. In diesem Wechselverhältnis des bisherigen Arbeitens liegt die Einzigartigkeit des Instituts, die zu erhalten und weiterzuführen der Wunsch des 1. Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Sprechkunde und Sprecherziehung war.

Prof. Dem gab einen Überblick über die bisherige Arbeit. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Instituts wurde in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* (3/1965) darüber bereits ausführlich berichtet. Von den insgesamt 140 Lehrgängen zu je zwei Wochen mit zusammen über 2000 Teilnehmern wurden 66 vom DGB, 74 von Einzelgewerkschaften veranstaltet. Neben diesen regulären Kursen fanden im gleichen Zeitraum sieben Gastkurse sowie 109 Kurzlehrgänge mit weit über 3000 Teilnehmern statt.

In letzter Zeit hat sich die Nachfrage nach den Kursen für Sprechwirksamkeit ständig erhöht. Es kann nun, wie Prof. Deus ausführte,

nicht darum gehen, ein „maximales“ Ergebnis zu erreichen, indem man die Lehrgänge einfach stärker belegt; vielmehr muß ein „optimales“ Ergebnis angestrebt werden durch Vermehrung der Anzahl der Lehrgänge, bei Beschränkung der Teilnehmerzahl, wie bisher, auf 15—16, was im Interesse der Einzelübungen unbedingt erforderlich ist. Es soll auch daran gedacht werden, Aufbaulehrgänge einzubeziehen, in denen das grundsätzlich Erarbeitete weitergeführt und vertieft wird.

„Sprecherziehung — Voraussetzung, Grundlage und Methode politischer Bildungsarbeit“, so lautete das Thema des Fachvortrags, mit dem die Leiterin des Instituts, *Dr. Ilse Schweinsberg-Reichart*, die Feierstunde abschloß. Ausgehend von der anthropologischen sowie der sprechwissenschaftlichen Fragestellung nach dem Verhältnis von Mensch und Sprache, postulierte sie für die politische Bildungsarbeit als Ziel den „mündigen“ Menschen, den Staatsbürger, der „meint, was er sagt, und der sagen kann, was er meint“.

Wie die Geschichte der rhetorischen Kommunikation in der Antike bereits zeigt, hängt die Wertung von Sprache und Rede im gesamten Bildungsgefüge immer ab von der jeweiligen Staatsform und der Gesellschaftsordnung. Das wurde deutlich gemacht an der gegenläufigen Entwicklung in Deutschland und England.

In Deutschland riß die Traktion der antiken Rhetorik im politischen Bereich ab, veräußerlichte höchstens bis in unsere Zeit hinein weitgehend zu formal-ästhetischer Betrachtungs- und Lehrweise, eine Entwicklung, die unmittelbar zusammenhängt mit den Denkstrukturen des Obrigkeitsstaates, in dem es keine „mündigen“ Bürger, sondern nur Untertanen gibt, von denen weder Rede noch das Handlungsauslösende der Rede verlangt wird. In der Geschichte des englischen Parlamentarismus zeichnet sich der Kampf um geistige und politische Freiheit ab als Kampf um die freie Rede. Freie Rede verstanden als Redefreiheit und die Fähigkeit, sich frei auszudrücken in jenem „dialogischen“ Prozeß, dem es weniger auf grammatisch-stilistische Vorformung (auf dem Papier) als auf argumentative und kommunikative Wirkungsweise ankommt.

In diesem Sinne wäre das Bildungsziel des „mündigen“ Staatsbürgers zu präzisieren als der „dialogische“ Mensch, wäre „Redner“ nicht nur der, der große Reden hält, sondern — im feed back — der Hörer, der verantwortlich hört, versteht und — urteilt. Und wie sehr gerade dieses Bildungsziel nicht in Form von Wissensübermittlung, sondern im Einüben eines Verhaltens: sprechend/redend und hörend/verstehend, begriffen werden muß, zeigt die heutige Situation des „ungeschützten“ Hörers, der hilflos den *überredenden* (nicht *überzeugenden*) sprechsprachlichen Mitteln leichtsinniger oder verantwortungsloser Redner (Demagogen) ausgesetzt ist.

Auf 'welche Weise und wieweit gesprochene Sprachzeichen nicht den Verstand, sondern Emotionen an- und aufrühren, kann durch genaue sprechwissenschaftliche Analysen im einzelnen nachgewiesen werden. Dabei gibt die Zeichentheorie die Möglichkeit, Gesprochenes im Kommunikationsprozeß nach syntaktischen (sprech-sprachlichen), semantischen (Bedeutung der Begriffe) und pragmatischen (Absicht des Sprechers und Wirkung auf den Hörer) Gesichtspunkten zu unterscheiden und die überzeugende von der überredenden, d. h. propagandistischen Rede zu trennen. Historische Erfahrungen in totalitärer Sprachlenkung, etwa des Dritten Reiches, liegen vor und müßten entsprechend auf Erscheinungen der Gegenwart (rechtsextreme Gruppen und ihre Sprachgewohnheiten sowie ihre faszinierende Wirkung z. B. gerade auf junge Hörer, aber auch der Einfluß der Werbesprache auf die politische Scheinargumentation) übertragen werden.

Das Umsetzen dieser Untersuchungen auf die praktische politische Bildungsarbeit ist deshalb so dringend notwendig, weil Verlust „eigener“ Sprache (etwa Aufgehen in einem Gruppenjargon) zum Verlust der Persönlichkeitsmerkmale führen muß und dadurch die Menschen manipulierbar werden.

Dieser Umriss politischen Bildungsbemühens, wie er neuerdings auch von der „politischen Psychologie“ und von der „anthropologischen Pädagogik“ gefordert wird, ist nach Ziel und Methode bereits seit langem vorgezeichnet in Sprechkunde und Sprecherziehung, nach deren Prinzipien im Institut gearbeitet wird. In diesem Bereich der Erwachsenenbildung vollzieht sich also jene politische Bildung, die in der Erziehung zu rechtem Sprech-Hör-Verhalten als sozialer Interaktion Einübung demokratischer Haltung begreift: eine Erziehung also zur Mündigkeit durch Mündlichkeit.

Dr. Ilse Schweinsberg-Reichert